

Agglolac: Stadt nimmt Stellung

Biel Ein parlamentarischer Vorstoss fordert von den Städten Biel und Nidau, das Land auf dem Agglolac-Perimeter im Baurecht abzugeben. Der Bieler Gemeinderat schlägt nun vor, dass er diese Variante prüft.

Politiker von SP bis SVP fordern in Biel und Nidau mit einem parlamentarischen Vorstoss, das Agglolac-Land nicht an die Investoren Mobimo AG zu verkaufen. Stattdessen soll es im Baurecht abgegeben werden. Die identische Motion wurde im vergangenen März in den Parlamenten von Biel und Nidau zeitgleich eingereicht. Nun liegt die Antwort des Bieler Gemeinderats vor. Dieser reagiert zwar nicht gerade erfreut auf die Forderung, hat sich aber entschieden, das Anliegen als Prüfungsauftrag aufzunehmen zu wollen.

Der Gemeinderat schreibt, dass der Verkauf der Agglolac-Parzelle seit Projektbeginn der einzig vorgesehene Lösungsansatz gewesen sei. «Eine Abgabe der gesamten Parzellen im Baurecht wurde zu keinem Zeitpunkt in Betracht gezogen.» Dies, da mit dem Erlös aus dem Landverkauf das Bauland bereitgestellt und die öffentliche Infrastruktur, etwa die Erschliessung und die öffentlichen Freiflächen, finanziert werden sollen. Die Bieler Stadtregierung verweist darauf, dass Nidau die Infrastrukturinvestitionen von etwa 50 Millionen Franken zulasten des ordentlichen Haushalts nicht verkraften könnte.

Der Gemeinderat hält zudem fest, dass die Planungsvereinbarung, die einen Landverkauf vorsieht, im Juni 2013 sowohl im Bieler wie auch im Nidauer Stadtrat genehmigt worden sei. «Womit sich zumindest die Frage stellen lässt, ob der Stadtrat nun vier Jahre später hinter diese Position zurückgehen kann, ohne sich den Vorwurf einer Verletzung von Treu und Glauben gefallen lassen zu müssen.» Immerhin hätten Mobimo und die beiden Städte nun vier Jahre lang auf dieser Basis weitergearbeitet.

Trotzdem: Der Gemeinderat beantragt am 21. September dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und zu überweisen. Sie erachtet es für angezeigt, so die Exekutive, im Hinblick auf die abschliessende Entscheidungsfindung durch Stadtrat und Stimmvolk im Jahr 2018 die Grundlagen aufzubereiten, um die unterschiedlichen finanziellen Auswirkungen der Varianten Verkauf und Baurecht darzulegen. *lsj*

«Aufgabe nimmt uns niemand ab»

Imame Die Islamwissenschaftlerin Amira Hafner al-Jabaji begrüsst die Ideen von Erich Fehr zur Imam-Ausbildung. Progressive Muslime forderten dasselbe seit vielen Jahren.

Tobias Graden

Immer wieder würden Imame aus dem Ausland eingeflogen, die mit den hiesigen Regeln nicht vertraut seien, klagte der Bieler Stadtpräsident Erich Fehr (SP) mit Blick auf den Fall Abu Ramadan am Mittwochabend in der SRF-Sendung «Rundscha». Diese Imame kennen auch die Lebenswirklichkeiten ihrer Gläubigen nicht. Es wäre deshalb ein Fortschritt, so Fehr, wenn Personen, die hier sozialisiert und an einer schweizerischen Universität nach westlichen Standards ausgebildet worden seien, in Zukunft die Funktion eines Imams übernehmen könnten.

Die Islamwissenschaftlerin, TV-Moderatorin und BT-Autorin Amira Hafner al-Jabaji begrüsst diese Idee. Sie macht aber auch klar: «Das ist ein Anliegen, das aufgeschlossene Muslime in der Schweiz seit 30 Jahren immer wieder formuliert haben. Sie taten dies nicht nur, um daraus eigenen Nutzen zu ziehen, sondern in der Voraussicht auf die Entwicklungen, die jetzt passieren.»

Bessere Voraussetzungen

Erste Angebote in diese Richtung gibt es an der Universität Fribourg. Das dortige Schweizerische Zentrum für Islam und Gesellschaft sei allerdings nicht eine wirkliche Imam-Ausbildung, gibt Hafner zu bedenken, sondern ein Doktoratsprogramm in islamischer Theologie. «Doch: Wer christliche Theologie studiert hat, ist noch nicht Pfarrer», sagt Hafner, «sondern er besucht beispielsweise als Katholik das Priesterseminar.» Sie schlägt vor, einen universitären Lehrgang in islamischer Theologie einzurichten und die eigentliche Ausbildung zum Imam in Zusammenarbeit mit muslimischen und christlichen Gemeinschaften zu entwickeln.

Allerdings gleicht dies einer Herkulesaufgabe. Die Muslime in der Schweiz sind alles andere als einheitlich organisiert. Ihre Gemeinden sind grossenteils segregiert nach Kultur, Herkunftsland, Glaubensrichtung (Schiten und Sunniten) und weiteren Faktoren. Wie gross der Wille zur Abgrenzung ist, zeigen gerade auch die Hasspredigten von Abu Ramadan in Biel, der Al-



Abu Ramadan bei einer Kundgebung am 10. August 2013 auf dem Waisenhausplatz in Bern. Screenshot Youtube

lah nicht nur um den Tod der aus seiner Sicht ungläubigen Christen bittet, sondern auch der Schiiten. «Solche Grabenkämpfe gab es im Christentum auch», sagt Hafner. Die Aufgabe sei zweifellos eine langwierige, «aber es nimmt sie uns niemand ab». Die Schweiz habe dabei bessere Voraussetzungen als andere europäische Länder, «etliches läuft hier besser als anderswo». Fehr bringt auch den Vorschlag

in die Diskussion, muslimischen Organisationen bei der Erfüllung bestimmter Kriterien einen mit einer Landeskirche vergleichbaren Status zu ermöglichen. So könnten diese unter ihren Mitgliedern Steuern erheben und diese zur Finanzierung von Moscheen und den hier ausgebildeten Imamen verwenden. Amira Hafner stimmt zu. Denn heute seien die Gemeinschaften auf Geldgeber angewiesen, diese

knüpfen aber ihre Spende teilweise an Einflussnahme und die Verbreitung eines bestimmten (oft fundamentalistischen) Islam-Bilds. Für sie ist klar: «Wir müssen hierzulande einen adäquaten Islam für unsere heutige Lebenswelt finden. Wer wie Abu Ramadan Unfrieden stiftet und die Menschen gegeneinander aufbringt, gehört nicht zu uns und hat hier nichts verloren.»

Nidau will Dossiers prüfen

Die gestrige Meldung in «Tages-Anzeiger» und «Der Bund», wonach die Gemeinde Nidau den Hassprediger Abu Ramadan schon vor Jahren habe aktiv loswerden wollen, vom Kanton aber ausgebremst worden sei, trifft nicht zu (siehe Titelseite): «Die Nachricht, dass wir ihn explizit gemeldet hätten, kommt nicht von uns», sagt Sozialvorsteher Roland Lutz (SVP) gegenüber dem «Bieler Tagblatt». Möglich sei aber, dass Ramadans Name routinemässig auf einer Liste gelandet sei, die langjährige Sozialhilfebezügler enthielt. Denn es sei Pflicht, diese Personen dem Kanton zu melden.

Der Nidauer Gemeinderat ist gestern Morgen zusammengesessen und hat den Fall besprochen. «Es war hoffentlich die abschliessende Sitzung», sagt Lutz. Der Ni-

dauer Sozialdienst wird Ramadan Dossier noch einmal genau analysieren. «Wir wollen wissen, ob wir einen Fehler gemacht haben», sagt Lutz, «und wenn es irgendeine Möglichkeit gibt, auf Ramadan zurückgreifen zu können, so will ich das wissen.»

Nidau wird künftig Dossiers, die ähnlich gelagert sind, kontinuierlich überprüfen. Das betrifft langjährige Sozialhilfebezügler, die womöglich einen «streng islamischen Hintergrund» haben, wie es Lutz ausdrückt. Die Gefahr, dass so eine Stimmung der Hetze entstehen könnte, sieht Lutz nicht. Bereits heute würden ab und zu Namen gemeldet, überprüft und auch nicht behelligt, wenn alles in Ordnung sei.

Dass Abu Ramadan relativ leicht an den Ausländerausweis

C gelangt ist, obwohl er kaum Kenntnisse einer Landessprache hatte, war übrigens kein Einzelfall. «Bei der damaligen Rechtslage war das relativ normal», sagte Alberto Acheraman, Migrations-experte der Universität Bern, gestern gegenüber dem «Bund». Integration als ausländerrechtliches Kriterium sei erst seit 2008 im Gesetz verankert. Heute seien die Voraussetzungen strenger.

Dass seine Reisen nach Libyen (der Hebel, mit dem nun sein Asylstatus aufgehoben werden soll) aufgegeben sind, hat sich Ramadan auch selbst zuschreiben. Wie Rechercheur Kurt Pelda schreibt, habe der Imam dies einem Bieler Moscheebesucher erzählt. Libysche Beamte bestätigten dann, dass Ramadan einen Pass des Landes besitze. *ty*

Kuhns Aperçus



Kein Geld fürs eigene Schloss



Journalisten sollten immer et- was Abstand von Behörden halten. Aber wenn man als Journalist in einer Galerie als Marketing von Schloss Nidau erblickt, darf man auch als «Journalist» mal Lokalpatriotismus entwickeln, sprich den Bieler Regierungss-tatthalter auf diese Möglichkeit zur Wandgestaltung in den alten Gemäuern aufmerksam machen. «Freie Wände hätten wir schon noch», erwiderte der Schlossherr Philippe Chételat, «aber das liebe Geld – beim Kanton wird bekanntlich eisern gespart.»

Ein Geniestreich im Uhren-Marketing

Apropos Lokalpatriotismus – hier noch ein Gratis-Marketing-Tipp für die Bieler Uhrenindustrie: Ein Online-Versand bietet neben zahlbaren Exemplaren für Otto Normalverbraucher auch ein Modell einer Uhrenmarke aus einer anderen Stadt an. Kostenpunkt: 261 090 Franken. Schock! Doch siehe: «Kostenloser, versicherter Versand weltweit», wird geboten. Wow, solche Grandezza würde auch den Bieler Marken gut anstehen.

Der Tolstoi aus dem Berner Jura

Jean-Pierre Rochat (links) ist Bergbauer im Berner Jura und Schriftsteller – wie Lew Tolstoi, Graf in Russland. Wenn der Bernjurassier aber schon den Bart trimmt wie der Russe, könnte er auch den Roman «Krieg und Frieden im Jura» schreiben. Stoff gäbe es genug.



Reklame

Außergewöhnliche Momente erleben Sie in einer Umgebung, in der alles stimmt. Mit Formen, die einfach und klar sind.

casa cucina
Unionensgasse / Molzgasse 10
2502 Biel
Tel. 032 322 88 48
bulthaup.com

bulthaup
casa cucina

Mystiker gesucht

Aarberg Der Verein Aarkultur hat ein neues Projekt am Start und sucht kreative Köpfe.

Im Oktober 2018 soll die Mystische Aarberger Nacht zum ersten Mal stattfinden. Das Projekt wird vom Verein Aarkultur lanciert. Worum es dabei konkret geht, ist noch nicht genau klar – ganz mystisch eben. Die Organisatoren suchen Personen aus Aarberg und Umgebung, die ihrer Fantasie freien Lauf lassen. Wer schon immer etwas Verrücktes, Kreatives oder Musikalisches basteln, schreiben oder performen wollte, bisher aber den Schritt nicht wagte, erhält hier seine Chance. «Die Mystische Aarberger Nacht hat nichts mit Halloween zu tun», sagt Andrea Hartmann von Aarkultur. Vielmehr soll das

Projekt zeigen, was Menschen aus der Region schaffen können: «Wir dachten uns, dass es hier Leute geben muss, die schon immer etwas machen wollten, denen aber bisher das Publikum fehlte. Wir geben ihnen jetzt eine Plattform.»

Private, die etwas beitragen wollen, dürfen ihre Kreationen einschicken. Wer beispielsweise «nur» vorlesen will, darf sich ebenfalls melden. Vorgegeben ist bis jetzt nur, dass die Veranstaltung mystisch gehalten ist. Für das Rahmenprogramm und einen gelungenen Abend sucht der Verein ausserdem noch Sponsoren.

Nächsten Donnerstag veranstalten die Organisatoren im Rathauskeller Aarberg um 19.30 Uhr einen Info-Abend, an dem die Bedingungen fürs Mitmachen klarer definiert werden sollen. *vib*

Link: www.mystisch.ch

Nachrichten

Biel Velofahrer nach Kollision verstorben

Der 76-jährige Mann, der am letzten Freitag in Biel bei der Kollision mit einem Auto schwer verletzt worden war, ist in der Nacht auf Donnerstag im Spital verstorben. Es handelt sich um einen serbischen Staatsangehörigen, der im Kanton Bern wohnhaft gewesen war. Die Ermittlungen der Kantonspolizei zur Klärung des genauen Unfallhergangs sind noch im Gang. *pkb*

Biel Mobilitätsstrategie wird ausgearbeitet

Biels Gemeinderat hat 227 000 Franken zur Erarbeitung einer Gesamt-mobilitätsstrategie für die Stadt gesprochen. Diese Strategie muss die Anforderungen des 2014 durch die Stadt

verabschiedeten Reglements zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs erfüllen. Mit dem Projekt werden mittelfristige (2025) und langfristige (2040) Schwerpunkte sowie allgemeine und sektorspezifische Ziele im Bereich Mobilität in Biel definiert. *mt*

Jens Jan Gnägi tritt wieder für den Grossen Rat an

Jan Gnägi (BDP) aus Jens tritt bei den Grossratswahlen 2018 wieder an. «Die Arbeit gefällt mir nach wie vor sehr gut», schreibt er in einer entsprechenden Mitteilung. Der sieben 26 Jahre alt gewordene Jenser vertritt seit 2010 den Wahlkreis Biel-Seeland im Kantonsparlament. Seit 2014 ist er Mitglied der grossrätlichen Bildungskommission. *mt*